

Öffentliche Sitzung
des Sozialausschusses
am Mittwoch, den 30.11.2022
in der Mensa der Uhlandschule,
Wolf-Hirth-Straße 22, 73529 Schwäbisch Gmünd

Beginn: 16:01 Uhr

Ende: 18:45 Uhr

Anwesend:

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth

Frau Stadträtin Daniela Dinser

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt

Frau Stadträtin Elena Risel

Herr Stadtrat Paul Schneider

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Markus Hirsch

Herr Stadtrat Thomas Krieg

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker

Die Linke

Herr Stadtrat Andreas Dionyssiotis

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele

Ortsvorsteher

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

Verwaltung

Herr Klaus Arnholdt

Frau Christa Bareiß

Barbara Bauer

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Frau Ellen Haar-Nussbaum

Herr Markus Herrmann

Herr David Schenk

Presse

Gmünder Tagespost

Rems-Zeitung

Abwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Frau Stadträtin Marianne Barthle

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Sabine Braun

Frau Stadträtin Christa Kircher-Beißwenger

Die Linke

Frau Stadträtin Cynthia Schneider

FDP/FW

Herr Stadtrat Ludwig Majohr

T a g e s o r d n u n g

=====

- 1** Sachstandsbericht Schulkindbetreuung in Schwäbisch Gmünd - Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung zum Schuljahr 2026/27 an den Grundschulen in Schwäbisch Gmünd
- 2** Zugänge zu außerschulischen Bildungsangeboten schaffen:
Ergebnisse einer Befragung von Kindern und Jugendlichen
- 3** GWO - Die Gmünder Wohnraumoffensive - Raumteiler
Zwischenbericht 2018 - 2022
- 4** Förderaufruf „Angebote zur Sicherung von sozialer Teilhabe und gesellschaftlichem Zusammenhalt im Quartier“
Projekt: Netzwerk der Wärme - EIN-Topf
- 5** Bekanntgaben
- 5.1** Jugendarbeit
- 6** Anfragen
- 6.1** Schulverpflegung
- 6.2** Stadtteilkoordination Südstadt
- 6.3** Wohngeldstelle

Erster Bürgermeister Baron begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung. Insbesondere begrüßt er Herrn Schulleiter Gözer und Ortsvorsteher Tickert.

Herr Gözer und Ortsvorsteher Tickert begrüßen die Mitglieder ebenfalls.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

**zu 1 Sachstandsbericht Schulkindbetreuung in Schwäbisch Gmünd - Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung zum Schuljahr 2026/27 an den Grundschulen in Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 202/2022**

Protokoll:

Die Mitglieder des Sozialausschusses besichtigen zunächst die Räumlichkeiten der Schulkindbetreuung.

Im Anschluss stellen Frau Haar-Nußbaum und Frau Bauer den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Herr Schwarting und Frau Wieser berichten von der Arbeit in der Friedensschule sowie den damit verbundenen Herausforderungen in der täglichen Arbeit.

Frau Dosch stellt den Tagesablauf der Schulkindbetreuung beim Parler-Gymnasium vor.

Erster Bürgermeister Baron äußert, dass es dringend notwendig gewesen sei, sich verstärkt mit dem Thema zu beschäftigen. Es sei auch ein Zeichen der Wertschätzung. Er bedankt sich für das Engagement. Wichtig sei, dass man das hohe Niveau und die Professionalität halte. Man benötige individuelle Konzepte. Ziel sei, dass man den Rechtsanspruch hinbekomme, es sei jedoch ein großer Kraftakt. Man wolle die entsprechende Unterstützung des Landes und fordere diese auch ein.

Stadträtin Risel/CDU bedankt sich für die Vorträge. Ihr liege die Qualität der Betreuung am Herzen. Man sei daher froh, dass man auch Kräfte fortbilde, die keine pädagogische Ausbildung hätten. Als der Rechtsanspruch beschlossen worden sei, habe man befürchtet, dass alle Grundschüler in die Ganztagesbetreuung müssten. Es sei eine Freiwilligkeit und Eltern könnten dies selbst wählen. Man könne froh sein, dass mehr als 50 Prozent der Eltern die Kinder zuhause betreuen würden. Hier würden die Eltern zuhause auch sehr viel gute Arbeit leisten, die man wertschätzen solle. Sie erkundigt sich, ob es auch die Möglichkeit gebe, nur die Kernzeitbetreuung ohne die AGs in Anspruch zu nehmen.

Frau Haar-Nußbaum antwortet, dass dies parallel laufe.

Stadträtin Risel/CDU erkundigt sich, ab wann man eine Ganztageschule sei.

Frau Haar-Nußbaum und Herr Arnholdt erläutern die Voraussetzungen. Es müsse ein entsprechender Antrag gestellt werden.

Frau Maschka-Dengler (Geschäftsführende Schulleiterin) führt aus, dass die Frage immer sei, ob das Kind an der Schule gut aufgehoben sei. Die Frage nach dem Qualitätsrahmen sei daher ein wichtiger Anspruch. Es sei sehr schwierig, dies aufgrund des Personalmangels zu organisieren. Die Weiterbildung sei daher ein gutes Element. Je Gruppe mit 25 Kindern erhalte man sieben bis acht zusätzliche Stunden vom Land. Man habe AGs, die parallel zur Betreuung angeboten werden würden. Ergänzt würden diese durch Jugendbegleiter.

Stadtrat Dr. Beck/SPD bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Er erkundigt sich, ob die Schulsozialarbeit integriert sei. Außerdem erkundigt er sich, was bei Krankheitsausfällen passiere, wenn nur eine Kraft vorhanden sei, z.B. am Parler-Gymnasium.

Herr Arnholdt antwortet, dass man noch nicht an allen Schulen Schulsozialarbeit habe, man werde mit der Fortschreibung des Konzeptes in die nächste Sitzung des Sozialausschusses kommen. Man habe einen engen Austausch mit der Schulsozialarbeit. Der Rechtsanspruch auf Betreuung bestehe nur in der Grundschule, das Parler-Gymnasium falle als weiterführende Schule daher nicht darunter.

Frau Bauer ergänzt, dass es eine enge Verzahnung zwischen der Betreuung und der Schulsozialarbeit gebe, wenn diese vorhanden sei.

Stadtrat Dionyssiotis/DIE LINKE erkundigt sich, ob es bei der Gebührenpflicht eine Einkommensstaffelung gebe. Außerdem erkundigt er sich nach der Erfüllung des Rechtsanspruches.

Herr Arnholdt antwortet, dass der Rechtsanspruch gegeben sei, aber dieser müsse nicht an der Schule, in dessen Schulbezirk man sei, erfüllt werden. Man habe eine Gebührenstaffelung, diese könne man gerne nochmals darstellen.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste lobt ebenfalls die Berichte. Sie erkundigt sich, wie es mit dem Rechtsanspruch an Privatschulen gehandhabt werde. Könnten diese Schüler auch in die städtische Betreuung gehen?

Herr Arnholdt antwortet, dass man immer vom Kind aus denke. Die Familie hätten einen Anspruch, man könne es an den Privatschulen in Anspruch nehmen, sofern ein Angebot vorhanden sei, ansonsten müssten städtische Angebote bereitgestellt werden.

Stadtrat Geiger/CDU hofft, dass für die Finanzierung eine Lösung gefunden werde. Eine Herausforderung seien auch die kleinen Schulen, er habe die Befürchtung, dass es zu einer Abwanderung komme und die Schulen dann geschlossen werden müssten. Er erkundigt sich, was nach der Jugendschutzverordnung zu leisten sei, ob hier ein polizeiliches Führungszeugnis ausreiche oder ob es weitere Anforderungen gebe.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass er keine Angst habe, dass Schulen geschlossen werden müssten, die Schulen in Rechberg und Weiler seien sehr beliebt.

Herr Arnholdt antwortet, dass das Motto des Landes immer „kurze Beine, kurze Wege“ gewesen sei. Man habe die Angebote und halte diese auch aufrecht. Kinder- und Jugendschutz sei in den Fortbildungen enthalten.

Stadtrat Schneider/CDU erkundigt sich, ob man die Sportvereine mit einbinden könne.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass dies ein guter Vorschlag sei.

Stadtrat Barth/CDU führt aus, dass die SG Bettringen bereits mit der Uhlandschule kooperiere. Man mache dies über FSJ- oder Bufdi-Stellen. Dies sei ein guter Weg, etwas anzubieten. Man habe aber auch das Problem, Personal zu finden.

Erster Bürgermeister Baron bedankt sich für das große Interesse.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

**zu 2 Zugänge zu außerschulischen Bildungsangeboten schaffen:
Ergebnisse einer Befragung von Kindern und Jugendlichen
Vorlage: 200/2022**

Protokoll:

Frau Rost, Frau Schwarz, Frau Brückner-Weber und Frau Öztürk präsentieren den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadträtin Dinser/CDU bedankt sich für den Vortrag. Sie erkundigt sich, in welcher Form die Leute aufmerksam gemacht worden seien.

Frau Schwarz antwortet, dass es in den Schulen Plakate mit QR-Code gegeben habe.

Stadträtin Dinser/CDU äußert, dass es in Schulen oft ein Handyverbot gebe. Außerdem solle man die Möglichkeit des freien WLAN nochmals publik machen, oft sei dies nicht bekannt. Man könne eine Gutschein-Aktion in den Familienpass mit aufnehmen.

Erster Bürgermeister Baron betont, dass es keine repräsentative Umfrage sei. Man müsse auch differenzieren, die ganze Zeit online zu sein, sei auch nicht das Beste für die Entwicklung.

Stadtrat Dionyssiotis/DIE LINKE erkundigt sich, wie es um den Bedarf der offenen Jugendarbeit stehe.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man in der offenen Jugendarbeit gerne

stärker wäre. Aus der Umfrage könne er keinen Bedarf ableiten, an der ein oder anderen Stelle könne man aber sicherlich mehr machen.

Stadtrat Geiger/CDU führt aus, dass es oft auch an der Aufklärung fehle. Die Angebote seien vorhanden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 50
nachrichtlich an Amt:

zu 3 **GWO - Die Gmünder Wohnraumoffensive - Raumteiler**
Zwischenbericht 2018 - 2022
Vorlage: 216/2022

Protokoll:

Herr Reuter präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Erster Bürgermeister Baron bedankt sich für den Vortrag. Es sei ein gut funktionierendes System. Man brauche v.a. das Vertrauen der Vermieter.

Stadtrat Dionyssiotis/DIE LINKE erkundigt sich, wie stark die aktuelle Nachfrage sei.

Herr Reuter antwortet, dass man auch noch Wohnungsangebote habe, die nicht belegt seien.

Erster Bürgermeister Baron führt aus, dass der Wohnungsdruck in Schwäbisch Gmünd sehr groß sei. Man wolle aber mit dem Programm den Notfällen helfen, d.h. den Leuten, die auf dem normalen Wohnungsmarkt keine Chance haben.

Stadtrat Geiger/CDU äußert, dass das Wohnungsangebot nicht endlos sei. Er erkundigt sich, ob angedacht sei, auch Hallen anzumieten.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man momentan noch stabil sei, es seien auch ein paar Ukrainer wieder zurückgegangen, man könne hier aber keine Prognose abgeben.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 50
nachrichtlich an Amt:

**zu 4 Förderaufruf „Angebote zur Sicherung von sozialer Teilhabe und gesellschaftlichem Zusammenhalt im Quartier“
Projekt: Netzwerk der Wärme - EIN-Topf
Vorlage: 217/2022**

Protokoll:

Frau Wahl und Frau Bareiß präsentieren den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Geiger/CDU erkundigt sich, mit wie viel Personen man rechne.

Frau Wahl antwortet, dass man dies nicht abschätzen könne, man plane nun für 30 Personen, könne aber ggf. auch nachsteuern.

Stadtrat Dionyssiotis/DIE LINKE erkundigt sich nach der Laufzeit.

Frau Wahl antwortet, dass das Projekt vom 16.01.-16.04.2023 gehe.

Stadträtin Wertner-Penteker/SPD regt an, dass man für die Zukunft eine Absprache zwischen den einzelnen Trägern treffen könne, das Café Paletti könne man künftig auch mit einbinden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Die Stadt stellt den Eigenanteil in Höhe von 2.500 € (10 % der Fördersumme) in Form von zusätzlichen Personalkosten für die Durchführung des beantragten Netzwerks der Wärme – EIN-Topf zur Verfügung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 50
nachrichtlich an Amt:

zu 5 Bekanntgaben

zu 5.1 Jugendarbeit**Protokoll:**

Erster Bürgermeister Baron nimmt Bezug zur Anfrage von Stadtrat Fritz im Gemeinderat, bei der es um die Jugendarbeit in Rehnenhof/Wetzgau gegangen sei. Aktuell gebe es dort eine verstärkte Nachfrage nach mobiler Jugendarbeit, es gebe einen Bedarf an Betreuung. Mit dem Ortschaftsrat habe man vereinbart, dass man die Jugendarbeit befristet für ein Jahr mit einer 50-Prozent-Stelle verstärke.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 10.2, 50

zu 6 Anfragen**zu 6.1 Schulverpflegung****Protokoll:**

Stadtrat Dr. Beck/SPD erinnert daran, dass man die Schulverpflegung im Sozialausschuss vorstelle. Man solle nach Weihnachten eine erste Evaluation machen.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man dies auf dem Schirm habe.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

zu 6.2 Stadtteilkoordination Südstadt**Protokoll:**

Stadtrat Hirsch/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, ob die Stelle der Stadtteilkoordination in der Südstadt wieder besetzt sei.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass diese ab 01.12.2022 besetzt sei, Frau Dr.

Klein könne sich gerne vorstellen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 50
nachrichtlich an Amt:

zu 6.3 Wohngeldstelle

Protokoll:

Stadtrat Dionyssiotis/DIE LINKE erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Wohngeldstelle, da die Zahl der Anträge weiter steigen werde.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass die Frage berechtigt sei. Man habe die Wohngeldstelle personell deutlich verstärkt. Er führt drei Problemfelder auf: Erstens sei eine komplizierte Rechtsmaterie, die Personen müssten zunächst Fortbildungen besuchen und bräuchten Erfahrung, bis man eingearbeitet sei, dauere es bis zu einem Jahr. Zweitens habe man einige Krankheitsausfälle gehabt und drittens habe man eine große Zahl an Fällen. In der Spitze habe man 900 offene Verfahren gehabt, man habe dann eine Priorisierung vorgenommen. Die Beschwerdelage sei rückläufig. Man habe fünf Stellen in der Wohngeldabteilung gehabt und werde bis Januar auf 9,5 Stellen aufstocken. Aufgrund der räumlichen Situation habe man einige Kollegen auch ausquartiert.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Erster Bürgermeister Baron die Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 10.2, 50

Für die Richtigkeit!

Den
Erster Bürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: